Bericht über die Präsidialverwaltung

Autor(en): **Gafner, M. / Rudolf, A. / Mouttet, H.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...**

Band (Jahr): **- (1943)**

PDF erstellt am: **29.03.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-417282

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

BERICHT

ÜBER DIE

STAATSVERWALTUNG DES KANTONS BERN

FÜR DAS JAHR 1943

Bericht über die Präsidialverwaltung

Regierungspräsident: Vom 1. Januar bis 31. Mai: Regierungsrat Dr. **M. Gafner**
Vom 1. Juni bis 31. Dezember: Regierungsrat Dr. **A. Rudolf**

Vizepräsident des Regierungsrates: Vom 1. Januar bis 31. Mai: Regierungsrat Dr. **A. Rudolf**
Vom 1. Juni bis 31. Dezember: Regierungsrat Dr. **H. Mouttet**

Volksabstimmungen

Im Berichtsjahr fand keine eidgenössische und lediglich eine kantonale Abstimmung statt. Das Berner Volk wurde am 11. Juli zur Urne gerufen, um über vier Vorlagen abzustimmen. Angenommen wurde das Volksbegehren vom 27. Januar/26. Juli 1942 für die Einführung einer allgemeinen Alters- und Hinterbliebenenversicherung im Kanton Bern mit 39,252 gegen 38,006 Stimmen. Leer waren 2954 Stimmzettel, während 74 als ungültig erklärt wurden.

Das Gesetz über zusätzliche Alters-, Witwen- und Waisenhilfe zur Alters- und Hinterlassenenfürsorge des Bundes wurde angenommen mit 60,812 gegen 17,006 Stimmen, bei 2390 leeren und 78 ungültigen Stimmen.

Die stimmberechtigten Bürger bewilligten den Kredit für die Erstellung einer Kaserne auf dem Waffenplatz Bern mit 38,693 gegen 37,585 Stimmen.

Abgelehnt wurde dagegen die Vorlage zu einem Gesetz betreffend die Abänderung der Taxen für Jagd- und Fischereipatente mit 38,201 gegen 38,469 Stimmen, wobei 3902 leere und 89 ungültige Stimmzettel eingelegt wurden.

Bei dieser Volksabstimmung gingen von 229,586 in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigten Bürgern 80,450 oder 35% an die Urne.

Volkswahlen

Es fanden nur Bezirksbeamtenwahlen statt, über deren Ergebnis an anderer Stelle berichtet wird.

Vertretung des Kantons Bern in der Bundesversammlung

Als Ständeräte wurden für die Amtsperiode vom 1. Dezember 1943 bis 30. November 1944 die bisherigen, Regierungsrat Dr. H. Mouttet und Rudolf Weber, Landwirt, Grasswil, gewählt.

Am 29. Juli verschied Nationalrat Gottlieb Bühler, Notar in Frutigen. Er wurde für den Rest der Legislaturperiode ersetzt durch Johann Ueltschi, Viehzüchter in Boltigen, dem 1. Ersatzmann der Liste der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei des Oberlandes.

Am 31. Oktober 1943 fand die Gesamterneuerungswahl des Nationalrates statt. Die bernische Vertretung erhöhte sich dabei von 31 auf 33 Mitglieder gemäss Ergebnis der Volkszählung vom 1. Dezember 1941. Für die Besetzung dieser Sitze wurden 13 Listen mit 246 Kandidaten (1939: 11 Listen mit 195 Kandidaten) aufgestellt. Es fielen zu:

1. Der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei Emmental - Mittelland - Oberaargau - Seeland . . . . . 9 Sitze
2. dem Landesteilverband Oberland der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei . 2 »
3. der Sozialdemokratischen Partei. . . . 12 »
4. dem Parti socialiste jurassien . . . . . 1 Sitz
5. der Schweizerischen Bauernheimatbewegung . . . . . 2 Sitze
6. der Freisinnig-demokratischen Partei Mittelland-Seeland . . . . . 2 »
7. der Freisinnig-demokratischen Partei, Volksliste Oberaargau-Emmental . . . 1 Sitz
8. der Freisinnigen Landesteilliste des Berner Oberlandes . . . . . 1 »
9. dem Parti démocratique-catholique du canton de Berne. . . . . 2 Sitze
10. der Liste libérale et jeune radicale jurassienne. . . . . 1 Sitz

Die Wahlzahl haben nicht erreicht und deshalb kein Mandat erhalten die Listen:

1. der Fédération régionale jurassienne du Parti des paysans, artisans et bourgeois,
2. des Freiwirtschaftsbundes,
3. des Landesringes der Unabhängigen.

Von der bisherigen Vertretung des Kantons Bern im Nationalrat haben fünf auf eine Wiederwahl verzichtet, während vier nicht mehr gewählt wurden. Demnach wurden somit 11 neue Mitglieder gewählt.

Der Wahlakt gab zu Bemerkungen keinen Anlass; er konnte auch in der Armee reibungslos durchgeführt werden.

Grosser Rat

Der Grosse Rat hielt insgesamt 5 Sessionen ab mit zusammen 35 Sitzungen. Davon waren 2 ausserordentlich, nämlich je Februar/März und am 31. Mai; letztere diente ausschliesslich der zweiten Lesung des Gesetzesentwurfes betreffend Abänderung der Taxen für Jagd- und Fischereipatente.

Für den Rest des Jahres amtete als Grossratspräsident Friedrich Keller, Notar in Langnau. Für das Jahr 1943/44 wurde als Grossratspräsident gewählt Dr. Walter Egger, Chefredaktor in Bern, und als Vizepräsidenten Ernst Aebersold, Lehrer, Papiermühle, und Rudolf Weber, Landwirt, Grasswil. Infolge seiner Wahl zum Primarschulinspektor trat der I. Vizepräsident als Ratsmitglied zurück und an die frei gewordene Stelle wurde gewählt Friedrich Meyer, Lehrer, Roggwil.

Von den Mitgliedern des Rates traten im Berichtsjahr zurück E. Aebersold, Papiermühle, E. Barben, Spiez, und H. Müller, Rohrbach. Ferner sind infolge Todesfalls ausgeschieden G. Bühler, Frutigen, R. Grütter, Roggwil, und H. Strahm, Cormoret. Die Lücken wurden ausgefüllt durch folgende Neueintritte: A. Blatter, Bremgarten, A. Bettler, Därstetten, P. Anliker, Gondiswil, H. Egger, Frutigen, P. Uetz, Langenthal, und E. Jacot, Sonvilier.

Im Berichtsjahr wurden folgende wichtigere Geschäfte behandelt:

1. Gesetze

Gesetz über zusätzliche Alters-, Witwen- und Waisenhilfe zur Alters und Hinterbliebenenversicherung im Kanton Bern (1. und 2. Beratung).

Gesetz betreffend die Abänderung der Taxen für Jagd- und Fischereipatente (1. und 2. Beratung).

Gesetz über die kantonalen Einigungsämter (1. und 2. Beratung).

2. Dekrete

Dekret betreffend die öffentliche Verurkundung von Bürgschaften.

Dekret über die Verwendung der Bundessubventionen für die Primarschule.

Dekrete betreffend die Gewährung von Teuerungszulagen an die Lehrkräfte der Primar- und Mittelschulen, an die Rentenbezüger der Hülfskasse, an die Rentenbezüger der Lehrerversicherungskasse für das Jahr 1943.

Dekret betreffend Gewährung von Teuerungszulagen für 1944 an die Lehrkräfte der Primar- und Mittelschulen.

Dekret betreffend Winterzulage pro 1943 und Teuerungszulagen 1944 an das Staatspersonal.

Dekret betreffend Abänderung einzelner Bestimmungen des Dekretes vom 9. November 1920 über die Hülfskasse und des Abänderungsdekretes vom 7. Juli 1936.

Dekret vom 14. November 1929 über die kantonale Handels- und Gewerbekammer; Ergänzung.

Dekret betreffend die Organisation der Gerichtsbehörden im Amtsbezirk Thun.

Dekret betreffend die Organisation des kantonalen Schutzaufsichtsamtes.

Dekret betreffend Organisation und Befugnisse der Kriminalpolizei.

Dekret betreffend Errichtung der Stelle eines Adjunkten des Direktors in der Arbeitsanstalt St. Johannsen.

Dekret betreffend die Schaffung der Stelle eines kantonalen Turninspektors.

Ferner wurde erlassen:

Ein Grossratsbeschluss betreffend Errichtung einer Sparkasse für das Aushilfspersonal und eine Ergänzung der Geschäftsordnung des Grossen Rates (Kantonalbankkommission).

3. Motionen, Postulate, Interpellationen und Einfache Anfragen

Aus dem Jahre 1942 waren im Berichtsjahr noch 8 Motionen hängig. Neu wurden 28 eingereicht. Von den insgesamt 36 Motionen wurden im Jahre 1943 zusammen 32 erledigt und 4 auf das nächste Geschäftsjahr übertragen.

Zu den im Berichtsjahr eingereichten 23 Postulaten waren noch 5 aus dem Jahre 1942 zu behandeln. Von diesen insgesamt 28 Eingängen sind 23 erledigt worden; einer konnte infolge Rückzuges abgeschrieben werden, und bei einem steht die Antwort des Regierungsrates noch aus; auf das Jahr 1944 mussten drei verschoben werden. Im Berichtsjahr wurden ausserdem 24 Interpellationen und 47 Einfache Anfragen beantwortet.

4. Andere Geschäfte

Als wichtigste neben den ordentlichen (Verwaltungsbericht, Staatsrechnung, Voranschlag) seien erwähnt:

Volksbegehren vom 27. Januar/26. Juli 1942 über die Einführung einer allgemeinen Alters- und Hinterbliebenenversicherung im Kanton Bern.

Initiativbegehren des Kantons Bern auf Schaffung einer eidgenössischen Alters- und Hinterbliebenenversicherung.

Volksbeschluss über die Bereitstellung finanzieller Mittel für die Arbeitsbeschaffung, die Bodenverbesserungen und die Milderung der Wohnungsnot.

Neubewertung des Staatsvermögens und Tilgungsplan 1942.

Beitrag an die Sanierung der Montreux-Oberland-Bahn.

Grossratsbeschluss über die Milderung der Wohnungsnot durch Förderung der Wohnbautätigkeit.

Amthausverkauf in Bern; Vertragsgenehmigung.

Schweizerische Nationalbank; Verlängerung des Reskriptionenkredites.

Neue Kaserne in Bern, Baukredit.

Reglement der Aufsichtskommission der Kantonalbank von Bern, Genehmigung.

Gegen die Wahlen in das Bureau und die ständigen Kommissionen des Grossen Rates sowie die kantonale Rekurskommission wurde von der Fraktion der Jungbauern eine staatsrechtliche Beschwerde eingereicht wegen Verletzung der Rechte der Minderheit und verfassungsmässiger Rechte. Diese ist vom Bundesgericht, soweit es darauf eintreten konnte, abgewiesen worden.

Regierungsrat

Vom 1. Januar bis 31. Mai amtete als Regierungspräsident der Direktor des Innern, Dr. M. Gafner. Am 1. Juni übernahm Vizepräsident Dr. A. Rudolf, der Direktor des Erziehungswesens, das Präsidium, während als Vizepräsident gewählt wurde Regierungsrat Dr. H. Mouttet, Direktor des Gemeindewesens und der Sanität.

Der Regierungsrat hielt insgesamt 114 Sitzungen ab und behandelte 5810 Geschäfte.

Das abgelaufene Geschäftsjahr brachte schon infolge des immer noch tobenden Weltkrieges auch dem Regierungsrat und der Verwaltung viele ausserordentliche Aufgaben. Besonders wurde der Regierungsrat beansprucht durch die Vorbereitung des Gesetzesentwurfes über die direkten Staats- und Gemeindesteuern und der übrigen vor den Grossen Rat gebrachten Vorlagen sowie mit den mehr kriegsbedingten Geschäften, wie Kredite für Förderung des Wohnungsbaues, vermehrte Rodungen zugunsten des Mehranbaues, Vorschriften über die Holzversorgung, Kriegsfürsorgemassnahmen und der Beschränkung der Niederlassungsfreiheit. Für Einzelheiten über diese ausserordentlichen und neuen Aufgaben der Verwaltung wird auf die Verwaltungsberichte der entsprechenden Direktionen verwiesen. Allgemein darf der Regierungsrat feststellen, dass im Berner Volk der Wille und die Bereitschaft zum Durchhalten in dieser schweren Zeit unverändert angehalten hat.

Bezirksbeamte

Als Regierungsstatthalter traten im Laufe des Jahres zurück Hans Bangerter, Aarwangen, und Georges Cuttat in Moutier. Sie wurden in öffentlicher Volkswahl ersetzt durch Hans Ischi, Notar in Langenthal, und Marcel Bindit, Sekundarlehrer in Tavannes.

Ferner starb im Amtsbezirk Nidau der Regierungsstatthalter/Gerichtspräsident Adolf Aufranc. Gegen die in einem 1. Wahlgang erfolgte Wahl von Notar Maurer, Gerichtsschreiber, wurde eine Wahlbeschwerde eingereicht, die der Grosse Rat gutgeheissen hat. Die Wahl wurde wegen Verwandtschaftsverhältnissen zum Amtsschreiber/Amtsschaffner von Nidau als unvereinbar erklärt und ausserdem wegen Missbräuchen bei der Wahlvorbereitung kassiert. In einem spätern Wahlgang wurde darauf gewählt Dr. Albert Klopfenstein, bisher Gerichtsschreiber und Betreibungsbeamter in Büren.

Infolge seiner Wahl zum Oberrichter des Kantons Bern trat als Gerichtspräsident des Amtsbezirkes Courtelary zurück Fürsprecher Maurice Jacot. Dieser wurde in öffentlicher Wahl ersetzt durch Fürsprecher und Notar Henri Béguelin, Reconvilier. An die durch Dekret des Grossen Rates neu geschaffene Stelle eines 2. Gerichtspräsidenten von Thun wurde gewählt Dr. Hans Schultz, bisher ausserordentlicher Untersuchungsrichter in Thun.

Im Amtsbezirk Laufen wurde durch den Regierungsrat der Gerichtsschreiber/Betreibungsbeamte Fürsprecher Walter Dick zum Gerichtsschreiber von Burgdorf gewählt. An seine Stelle wurde in stiller Wahl gewählt Max Bohrer, Fürsprecher und Notar in Laufen.

Ersatzwahlen für Mitglieder des Amtsgerichtes fanden statt in folgenden Amtsbezirken:

Aarwangen:

Es wurden durch öffentlichen Wahlgang ersetzt Rob. Krenger, Lehrer in Langenthal, Karl Schaad, a. Verwalter, Schwarzhäusern, und Fritz Güdel, a. Lehrer, Ursenbach, durch Otto Lehnherr, Notar, Aarwangen, Otto Iff, Landwirt in Rohrbach, und Fritz König, pensionierter Lokomotivführer in Madiswil.

Bern:

Dr. Hofstetter, Parteisekretär in Bern, wurde auf dem Wege der stillen Wahl ersetzt durch Rolf Raaflaub, Notar in Bern.

Konolfingen:

Durch stille Wahl wurde gewählt Ernst Muster, Landwirt in Arni, an Stelle von Gottfr. Keller in Richigen.

Ergänzungswahlen für Ersatzmänner der Amtsgerichte fanden statt in den Amtsbezirken Frutigen, Wahl Friedrich Stoller-Brügger, Landwirt in Kandergrund, und in Schwarzenburg, Wahl Paul Eugen Zürcher, Gemeindeschreiber in Albligen. Beide Ersatzwahlen kamen durch stille Wahl zustande.

Alle diese Ersatzwahlen erfolgten nach den Vorschriften des Gesetzes über die Vereinfachung von Beamtenwahlen. Dabei zeigte sich im Berichtsjahr eine Zunahme der öffentlichen Wahlgänge für Ergänzungswahlen, was vom demokratischen Standpunkt aus nur begrüsst werden kann.

Staatskanzlei

Über den Geschäftsgang der Staatskanzlei geben folgende Zahlen Aufschluss:

An die Direktionen überwiesene Eingänge		3332
Überweisungen an den Grossen Rat		350
Ausführung von Drucksachenbestellungen für eine Verkaufssumme von	Fr.	98,019.25
Beglaubigung von Unterschriften. .		25,995
Im Anweisungsverkehr wurden erledigt 1602 Geschäfte mit einem Ertrag von.	Fr.	204,451.85

Die Drucksachenbestellungen ergaben einen Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr von Fr. 24,654.75, während die Summe des Ertrages im Anweisungsverkehr um Fr. 9237.05 zurückgegangen ist.

Die französische Abteilung besorgte ihrerseits 2382 Geschäfte, davon 818 des Regierungsrates und 1564 des Grossen Rates und der Direktionen, sowie überdies die Übersetzungen und Veröffentlichungen im französischen Amtsblatt.

Staatsarchiv

I. Personelles. Am 1. Juli trat der verdiente Betreuer des ehemals bischöflich-baslerischen Archivs, Amedée Membrez, nach 27jähriger Tätigkeit in den Ruhestand. Als Nachfolger wurde gewählt Dr. André Rais.

Am 18. Juni wurde dem Archiv Dr. Theodor de Quervain als Mitarbeiter bei der Reorganisation der Bezirksarchive für die Dauer von 2 Jahren zugeteilt.

II. Benützung. Das Staatsarchiv wurde von 291 Benützern mit 2482 Besuchen in Anspruch genommen. Ausserdem wurden mündlich über 555, schriftlich über 908 Familienwappen Auskunft erteilt.

III. Zuwachs. An Aktenablieferungen übernahm das Archiv:

Vom Kreiskommando Langenthal: 302 Bände Stammkontrollen des 16. Kreises (1837—1892); 32 Bände Korpskontrollen Landsturm (1892—1929).

Vom Einigungsamt II Bern: Protokolle und Akten 1922 ff.

Von der Direktion des Innern: Kontrollen und Akten ca. 1873—1933, ca. 50 m.

Von der Forstdirektion: Akten 1910—1936 der Abteilung Jagd, Wildschutz und Fischerei.

Von den Richterämtern Bern: Zivil- und Rogatorienprotokolle, Missiven und Strafakten ca. 1815—1930.

Vom Bezirksarchiv Delsberg: Materialien aus der vorbernischen Zeit.

Die Bibliothek wies einen Zuwachs von 427 Bänden, 577 Broschüren und 220 Einzelblättern aus. Aus Arbeitsbeschaffungskrediten des Buchbindergewerbes konnte eine grössere Menge Aktenmappen, Schachteln und Planrollen beschafft werden.

Die historische Abteilung des Archivs wurde durch den Ankauf von Urkunden aus der Bielerseegegend und eines Hausbuches des Spiezer Herrschaftsherrn Ludwig von Diesbach um 1410 bereichert, ausserdem vermehrte sich die Sammlung um ein dankenswertes Geschenk von Frl. Louise von Tavel, bestehend aus zwei Regimentsbüchern und einem Wappenbuch.

IV. Aktenverwaltung, Inventare und Register. Eine Reihe der im letzten Jahr im wesentlichen durchgeführten Aufstellungs-, Inventarisierungs- und Registrierungsarbeiten wurden ergänzt.

So wurde die Abteilung Primarschulen 1831—1855 des Erziehungswesens weiter ausgebaut, die neuaufgestellte Abteilung Wehrwesen seit 1803 durchsigniert, die neue Plankartothek bereinigt und durch Einbezug der Sammelmappen und Atlanten vermehrt, das neue Inventar der Dokumentenbücher ausgedehnt, die neue Gesetzeskartothek um die Periode der Helvetik bereichert, durchrubriziert und mit einem Stichwortverzeichnis versehen.

Neu aufgenommen und signiert wurden die Inventare und Register im Lesesaal; über alle Siegel im Archiv vor 1300 wurde eine alphabetische Kartothek errichtet; je ein neues Inventar der Akten des Sanitätsrates und der Graubündenbücher wurden fertiggestellt und ein Bericht über die Inventarverhältnisse des fürstbischöflich-baslerischen Archivs abgefasst.

Lehrer Schmalz übernahm die Inventarisierung des Herrschaftsarchivs Münchenwyler.

Ein grosser Teil der im Käfigturm untergebrachten Bezirksarchivalien wurde kontrolliert und neu aufgestellt.

In der Bibliothek wurde die Abteilung Staat und Recht neu geordnet und die Sammlung der juristischen Broschüren neu katalogisiert, ausserdem wurden weitere historische Zeitschriften der Benutzung erschlossen.

V. Wissenschaftliche Arbeiten und Gutachten. Wie im Vorjahr wurde durch Führungen, Vorträge und Veröffentlichungen der wissenschaftlichen Aufgabe des Archivs genügt. Zur Erleichterung der Schaffung des notwendigen Registers zum 10. Band der Fontes rerum bernensium wurde der Stellvertreter des Staatsarchivars eine gewisse Zeit von seinen ordentlichen Verpflichtungen entbunden; weitere Arbeitskräfte wurden dem Werk der Herausgabe bernischer Rechtsquellen zur Verfügung gestellt. An grösseren Gutachten ist ein Bericht über die Frage des Standortes des ehemalig fürstbischöflich-baslerischen Archivs hervorzuheben.

VI. Wappenkommission. Zur Festlegung des Staatswappens sowie der Wappen der Amtsbezirke und namentlich der bernischen Gemeinden setzte der Regierungsrat am 30. März 1943 eine Wappenkommission unter Leitung des Staatsarchivars ein. Im Berichtsjahr gelangten die Wappen der Amtsbezirke und die Gemeindewappen der Bezirke Bern, Burgdorf, Delsberg, Frutigen, Konolfingen, Laupen, Pruntrut und Saanen zur Beratung.

VII. Bezirksarchive und Gemeindearchive. Das Hauptgewicht der Tätigkeit des Staatsarchivs lag auf der Reorganisation der Bezirksarchive. Am 6. August 1943 trat die neue Verordnung über die Bezirksarchive in Kraft. Durch den dem Staatsarchiv zugeteilten ausserordentlichen Mitarbeiter wurden geordnet und inventarisiert die Archive von Aarberg, Fraubrunnen,

Nidau und Schlosswil. Provisorische Massnahmen wurden getroffen in den Archiven Biel, Büren und Wimmis. Besichtigt wurden die Archive von Belp, Interlaken und Laupen. Im Jura wurden die Archive von Delsberg und Moutier fertig geordnet und inventarisiert und das Archiv von Pruntrut in Angriff genommen.

Vorbereitet wurde die für die Entlastung der Bezirksarchive wichtige Klassifikation der Akten dieser Archive.

Im Winter 1942/43 wurde das Burgerarchiv von Neuenstadt auf Kosten der dortigen Burgergemeinde neu geordnet und inventarisiert.

VIII. Ehemals fürstbischöflich-baslerisches Archiv. Die ordentlichen Inventararbeiten fanden mit Beendigung der Aufnahme der Notariatsprotokolle einen vorläufigen Abschluss.

IX. Hallwylarchiv. Der Hallwylarchivfonds betrug am 1. Januar 1943 Fr. 11,536.70. Er beträgt am 31. Dezember 1943 Fr. 11,887.10. Die Zinseinnahmen beliefen sich auf Fr. 374.15. Angeschafft wurde in geringem Umfang aargauische Literatur.

Bern, den 31. Mai 1944.

Der Regierungspräsident:
Rudolf

Vom Regierungsrat genehmigt am 14. Juli 1944

Test. Der Staatsschreiber: **Schneider**